

Versteht
sich mit Ausnahme Son-
und Feiertagen

Bezugspreis
monatlich 3,50 M. frei im
Haus gebracht; durch die Post-
bezogen 3 M. 25 Pf.

Monatstaxe 25 Pf.
einzelnummern kosten
10 Pf.

Kreiszeitung

für den Ober-Taunus-Kreis.

Abgabepreis

die vierspaltige Garmond-
zeile oder deren Raum 20
Pfg.; im Nachschickteile die
Zeile 35 Pfg. — Nach-
schick bei öfteren Wiederhol-
ungen. — Laufende Wohn-
ungsanzeigen nach Ueberein-
kunft.

Geschäftsstelle

Sallenstraße 73, Fernw. 414
Postfachkonto Nr. 11569
Frankfurt a. M.

Fähig zum Kampfe.

bereit zum ehrlichen Rechtsfrieden,
müssen wir immer das eine Ziel im
Auge behalten: Die Erhaltung und
Zukunft unseres Vaterlandes. Nur
wenn wir die Schicksalsprobe nicht
bestehen, wenn wir nicht begreifen,
was uns not tut und wenn wir uns
verlieren, dann werden unsere Feinde
triumphieren.

An das deutsche Volk! Ein Aufruf der Reichsregierung.

Berlin, 4. Nov. (W. B. Amtlich.)

An das deutsche Volk!

Die Not der Zeit lastet auf der Welt und auf dem
deutschen Volk. Wir müssen diese schweren Tage und ihre
Folgen überwinden. Heute schon müssen wir arbeiten für
die glücklicheren Zeiten, auf die das deutsche Volk ein An-
recht hat. Die neue Regierung ist am Werke, diese Arbeit
zu leisten. Wichtiges ist erreicht.

Das gleiche Wahlrecht in Preußen ist ge-
sichert.

Eine neue Regierung hat sich aus dem Ver-
trauen der Mehrheitsparteien gebildet.

Der Reichskanzler und seine Mitarbeiter be-
dürfen zu ihrer Amtsführung das Vertrauen des Reichs-
tages und damit des Volkes.

Grundlegende Rechte sind von der Person des
Kaisers auf die Volksvertretung übertragen wor-
den.

Kriegserklärung und Friedensschluss
unterliegen der Genehmigung des Reichstages.

Die Unterstellung der Militärverwal-
tung unter den verantwortlichen Reichskanzler ist
durchgeführt.

Eine weitgehende Amnestie wurde erlassen.
Pressfreiheit und Versammlungsrecht
sind gewährleistet. Doch vieles bleibt noch zu tun.

Die Umwandlung Deutschlands in einen
Volksstaat, der an politischer Freiheit und sozialer
Fürsorge hinter keinem Staat der Welt zurückstehen soll,
wird entschlossen weitergeführt.

Die Neugestaltung kann ihre befreiende und heilende
Wirkung nur ausüben, wenn sie einen Geist in den Ver-
waltungs- und Militärbehörden findet, der
ihren Zweck erkennt und fördert. Wir erwarten von un-
seren Volksgenossen, die in amtlicher Stellung dem Ge-
meinwesen zu dienen berufen sind, daß sie unsere willigen
Mitarbeiter sein werden.

Wir brauchen in allen Teilen des Staates und des
Reiches die Aufrechterhaltung der öffent-
lichen Sicherheit durch das Volk selbst. Wir
haben Vertrauen zu dem deutschen Volke. Es hat sich in
vier furchtbaren Kriegsjahren glänzend bewährt. Es wird
sich nicht von Phantasien hinreißen lassen und nutzlos in neues
Elend und Verderben hineintreiben lassen.

Selbstucht und Ordnung tut not. Jede Disziplin-
losigkeit wird den Abschluß eines baldigen
Friedens auf das schwerste gefährden.

Die Regierung und mit ihr die Leitung von
Heer und Flotte wollen den Frieden. Sie
wollen einen ehrlichen und sie wollen ihn bald. Bis da-
hin müssen wir die Grenzen vor dem Einbruch des Fein-
des schützen.

Den seit Wochen in harten Kämpfen stehenden Trup-
pen muß durch Ablösung Ruhe geschaffen werden. Nur
zu diesem Zwecke, aus keinem anderen Grunde sind die
Einberufungen der letzten Zeit durchgeführt worden.

Den Mannschaften des Landheeres und der
Flotte wie ihren Führern gebührt unser besonderer
Dank; durch ihren Todesmut und ihre Manneszucht
haben sie das Vaterland gerettet.

Zu den wichtigsten Aufgaben gehört der Wieder-
aufbau unserer Volkswirtschaft, damit die
von der Front in die Heimat zurückkehrenden Soldaten und
Matrosen in geordneten Verhältnissen die Möglichkeit
vorfinden, ihre und ihrer Familie Existenz wieder zu
sichern. Alle großen Arbeitgeberverbände haben sich bereit
erklärt, ihre früheren, jetzt eingezogenen Angestellten und
Arbeiter sofort wieder einzustellen. Arbeitsbeschaffung,
Erwerbslosenunterstützung, Wohnungsfürsorge und andere
Maßnahmen auf diesem Gebiet sind teils in Vorbereitung,
teils schon ausgeführt.

Mit dem Friedensschluss wird sich bald eine Besserung
der Ernährung sowie aller Lebensverhältnisse einstellen.

Deutsche Männer und Frauen!

Kampf und Friede sind unsere gemeinsame Aufgabe,
Staat und Reich sind unsere gemeinsame Zukunft. Euer
Vertrauen, das uns unerlässlich ist, in der Stunde der
Gefahr, ist in Wahrheit nichts anderes als das Vertrauen
des deutschen Volkes zu sich selbst und zu seiner Zukunft.
Die gesicherte Zukunft Deutschlands ist unser Leitfaden.

Berlin, den 4. November 1918.

Der Reichskanzler Max Prinz von Baden, der Stell-
vertreter des Reichskanzlers v. Papen, der Vizepräsident
des preussischen Staatsministeriums Dr. Friedberg,
die Staatssekretäre: Dr. Solff, Graf v. Helldorn, Dr.
v. Krause, Rüdlin, v. Waldow, Hr. v. Stein,
Scheidemann, Gröber, Erzberger, Hauß-
mann, Bauer, Trimborn, der Staatssekretär des
Reichsmarineamts Ritter v. Mann, der Kriegsminister
Scheuch.

Für den Kaiser!

D. R. A. Man kann ganz ruhig über die Kaiserfrage
sprechen, ohne die Leidenschaften aufzurühren — um so
ruhiger, als das Kriegskabinett ihre Erörterung ausdrück-
lich freigegeben hat im Vertrauen auf den gesunden patrio-
tischen Sinn des deutschen Volkes, der sich durch feindliche
Männer nicht verwirren lassen werde. Ueberlegen wir
einmal ganz objektiv, wie die Dinge stehen; wir werden
dann sicherlich zu einem Ergebnis kommen, dessen sich kein
Deutscher zu schämen braucht.

Zunächst steht so viel fest: weder die Volksregierung
noch die sie tragende Reichstagsmehrheit haben — bis
vor wenigen Tagen, möchte man sagen — daran gedacht,
dem Kaiser den Rücktritt vom Thron nahezu legen, denn
sonst hätten sie ihm nicht durch Verfassungsänderungen
Rechte genommen, deren Fortbestand in ihren Augen mit
der Sicherheit des Reiches unverträglich war. Oder sollten
sie damit beabsichtigt haben, einen Umweg zu wählen?
Die Krone ihrer wesentlichen Machtbefugnisse zu entklei-
den, um sie damit zum Verzicht auf eine wert- und
inhaltlos gewordene Stellung zu bestimmen? Diese An-
nahme wäre durch nichts berechtigt, sie würde im Gegen-
teil mit Entrüstung zurückgewiesen werden, weil alle
Reden und Handlungen der Beteiligten in der kritischen
Zeit zu ihr in unlösbarer Widerspruch ständen. Also
müssen wir uns fragen: Sind seit dem Abschluß der Ver-
fassungsänderungen, d. h. seit den letzten Oktobertagen,
Ereignisse eingetreten, die zu einer anderen Beur-
teilung der Kaiserfrage nötigen — oder sind sonst
Gründe ersichtlich, aus denen wir uns veranlaßt sehen
könnten, russische oder österreichische Verhältnisse zum
Muster zu nehmen?

Die einen sagen: Jedes Friedenshindernis muß, so-
viel an uns liegt, beseitigt werden. Einverstanden, ganz
einverstanden. Deshalb haben wir z. B. den U-Boot-Krieg
eingestellt, der ein Friedenshindernis allerersten Ranges
war, und wir haben es getan, ohne auch nur die geringste
Gegenleistung dafür zu beanspruchen. Wer danach noch
die Aufrichtigkeit unseres Friedenswillens bezweifelt, der
ist ein Narr oder ein Bösewicht und wird es, uns gegen-
über, auch bleiben, bis wir völlig zerschmettert am Boden
liegen. Wir haben bis jetzt noch keine Friedensbedingung
unerfüllt gelassen, die uns gestellt worden ist — und das
will schon etwas sagen. Wir haben auch die Grundlagen
der bisherigen Kaiserkrone geschwächt, in der Herr Wil-
son diese monarchische Autokratie verankert fand, aber die
Beseitigung des Kaisers, den Sturz der Hohenzol-
lern hat er — bis jetzt wenigstens — uns nicht zugemutet;
sollen wir ihm mit solchen Selbstdemütigungen etwa noch
freiwillig entgegenkommen? Und wenn er sie forderte:
würden wir uns auch in diesem Punkte unterwerfen kön-
nen und wollen? Bedeutet die Kaiserkrone nicht mehr,
unendlich mehr für uns als einen willkürlichen Zierat am
Giebel unseres Reichshauses, ist sie nicht das Symbol
unserer Einheit und Größe, nach dem unsere Räter
heißten Herzen gerungen, für das sie ihr Blut vergossen
haben, um tausendjähriges Schenken und Verlangen end-
lich der Erfüllung zuzuführen? Ist sie nicht der Reifer,
der die deutschen Stämme zusammenhält, und wollen wir
uns etwa wirklich wieder in die ohnmächtigen Volkspölter
auflösen und zerschlagen lassen, die wir waren, bevor
Bismarck kam? Das wäre freilich ganz nach dem Sinne
der Entente, während sie in ihrem Lager den unge-
lehrten Weg beschreitet: die Polen zusammenlegt, die
Tschechen mit den Slowaken verbündet, Italien weit
über seine Volksgrenzen hinaus vergrößert und so weiter
und so weiter.

Und was soll an die Stelle des Kaisertums treten:
die Republik? Kann aber jemand ernstlich bestreiten,
daß das deutsche Volk in seiner überwältigenden
Mehrheit monarchisch denkt und fühlt, trotz allem, was
in der Welt geschehen ist? Wenn eine Staatsform für
das Glück des Weltkrieges verantwortlich zu machen ist,
so ist es die russische Despotie, wie sie ungeachtet der
revolutionären Erregungenschaften des letzten Jahrzehnts
noch in voller Blüte stand. Sie aber ist gerichtet, sie ist

in der Tat vom Jorn des Volkes hinweggesetzt worden.
Der Deutsche Kaiser dagegen hat bis zur letzten Sekunde
um den Frieden gekämpft, das ist unumstößlich feststehende
Tatsache, und als er schließlich nicht anders konnte, als
das Schwert zu ziehen, hat das ganze Volk mit seinem
schon damals nach dem demokratischen Wahlrecht zu-
sammengesetzten Reichstag ihm zugejubelt — so fest durch-
drungen war es von der Gerechtigkeit seiner Sache. Und
wenn uns inwieweit sich inzwischen Wandlungen in den
Anschauungen vollzogen haben, ist ihnen eben durch Ein-
führung des neuen Regierungssystems Rechnung getragen
worden — will man noch mehr? Will man das Reich
vollends zerstören? Dann allerdings — aber wer das
Reich erhalten will, der darf nicht preisgeben, was
durch keinen wie auch immer gearteten „Erfolg“ in seiner
grundtätigen Bedeutung für die Einheit des Reiches er-
schüttert werden kann.

Nun kommen andere und sagen: die allgemeine Volks-
stimmung hat sich nach den schweren Erlebnissen dieser Zeit
gegen den Kaiser gekehrt, seine ganze Art, zu denken,
zu sprechen und zu handeln, paßt nicht mehr in die neue
Zeit, wir müssen den Weg zu neuen Zielen ganz frei-
machen, sonst bleiben wir ewig in Halbheiten stehen. Und
was in Russland gegangen ist und jetzt in Oesterreich-
Ungarn sich vor unseren Augen abspielt, das wird auch in
Deutschland zugetragen sein. Indessen: mit Volksstim-
mungen läßt sich alles und nichts beweisen. Man
würde sehr in die Irre gehen, wollte man die großstädti-
schen Massenempfindungen auf das ganze Land über-
tragen, und selbst in der städtischen Bevölkerung ist das
Gefühl für monarchische Treue durchaus nicht erloschen.
Aber selbst wenn man diesen Ueberlegungen weiter ent-
gegenkommen wollte, als es unserer Meinung nach sachlich
gerechtfertigt und geboten wäre, wenn auch dieser letzte
Weiler der staatlichen Autorität zusammenbricht, was soll
dann an seine Stelle treten? Ist es nicht klar, daß wir
damit dem Bolschewismus auch in Deutschland die
Tore öffnen? Nein, auch diese Erwägungen können uns
nur zu dem gleichen Ergebnis führen: wir geben uns
selbst auf, wenn wir jetzt den Kaiser zum Thronverzicht
drängen wollten. Es wäre das Ende des Reiches.

Der Waffenstillstand mit Oesterreich.

Schändlichere und demütigendere Bedingungen sind
selten einem Staat auferlegt worden wie der Donau-
Monarchie von Italien. Dabei stand die ehemalige k. k.
Wehrmacht tief in Feindesland. Die Italiener haben
während des Krieges nur Schläge erhalten, erst die Auf-
lösung des Staatsverbandes warf sie dem Feinde der
Monarchie wehrlos vor die Füße. Eine doppelte Lehre ist
in den Waffenstillstandsbedingungen enthalten. Der Treu-
bruch der Karolyni und Andrassy hat weder Ungarn noch
andern Staaten genügt. Trotz der Auslieferung an den
Vielverband werden sie wie besiegte Feinde behandelt.
Die andere Lehre aber ist, daß der Vielverband nur Worte
und Versprechungen macht. Wie haben sich seine Staats-
männer und Zeitungen über die Verträge von Brest und
Tiflis entrüstet, sie wurden als Sklavenverträge hinge-
stellt. Tatsächlich waren beide harmlos im Vergleich zu
dem, was Oesterreich-Ungarn auf sich nehmen mußte. Hier
wird ein Land geknebelt, das sich infolge der deutschen
Waffenhilfe vom Feinde freihalten konnte. Für Deutsch-
land sind besonders jene Bestimmungen wichtig, die Oester-
reich-Ungarn zwingen, als Aufmarschgebiet gegen unsere
Grenzen zu dienen. Damit ist noch keine unmittelbare
Gefahr verbunden, denn bis sich der Troß eines großen
Heeres in Bewegung setzt, bedarf es geraumer Zeit. Zu-
schends mühten die Feinde sich vom Kraftzentrum in Ita-
lien entfernen, lange Anmarschlinien ausbauen und
sichern, die an andern Stellen trotzdem verwundbar blei-
ben. Oesterreich-Ungarn hat also unter Umständen die
Aussicht, Kriegsschauplatz zu werden. Das sind die Er-
folge seiner Staatsmänner, die den Frieden um jeden
Preis heimbringen wollten. Die Blockade bleibt aufrecht,
die Wehrmacht wird zertrümmert und der Ruhm des
kaiserlichen Heeres für immer vernichtet. Dabei steht noch
gar nicht fest, was im Friedensvertrag dem Donaufstaat
wirklich auferlegt wird.

Deutschland wird, wenn es sein muß, auch seine Süd-
front verteidigen, es gilt nunmehr Aufruf und Zusammen-
fassung aller Kräfte. Die letzten Kampftage an der
deutschen Westfront beweisen, daß unsere Truppen und
ihre Führung Herren der Lage sind und bleiben werden.
(Berlin jenseit).

Das Ringen zwischen Schelde u. Diffe.

Großes Hauptquartier, 4. Nov. (W. T. B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Vorfeldkämpfe vor unseren neuen Linien nördlich von
Gent. Wir stehen hier am Kanal und am Westrande der
Stadt in Gefechtsführung mit dem Gegner. Westlich von
Balenciennes haben wir unsere Front vom Gegner etwas

abgesetzt. Der Feind stand am Abend bei Dunaing-Jenlain und Villers Pol. Beiderseits von Le Quesnoy und Landrecies gesteigerter Artilleriekampf. Westlich von Landrecies wiesen wir erneute Angriffe des Feindes im Gegenstoß ab.

Heeresgruppen Deutscher Kronprinz und Gallwih.

Zwischen Duse und Aisne lebte die Artillerietätigkeit am Abend auf. Sie war nördlich von Guise und bei Banogne, hier in Verbindung mit erfolglosen Teilangriffen des Gegners, von größerer Heftigkeit. Im Anschluß an die gestern gemeldete Zurückverlegung unserer Front östlich der Aisne nahmen wir auch westlich der Maas unsere Linien etwas zurück. Vorfeldkämpfe südlich von Le Chesne und bei Verrieres. Starke Angriffe der Amerikaner zwischen Sommarthe und Belval brachten wir im Walde südlich von Belval zum Stehen. Auf dem östlichen Maasufer scheiterten heftige Teilangriffe, zwischen Maas und Mosel mehrfache Vorstöße des Gegners. Westlich der Mosel säuberten wir kleine, aus den letzten Kämpfen noch in Feindeshand gebliebene Grabenstücke.

Der Erste Generalquartiermeister: Gröner.

In zwölfter Stunde

Am Mittwoch um 1 Uhr wird die Zeichnung auf die 9te Kriegsanleihe geschlossen! Willst Du zögern, bis es zu spät ist?

Ein neuer Durchbruch vereitelt.

Berlin, 4. Nov., abends. (W. B. Amtlich.) Gewaltiges Ringen zwischen Schelde und Duse. Der von Engländern und Franzosen auf mehr als 60 Kilometer breiter Front erneut erstrebter Durchbruch wurde vereitelt. Zwischen Le Quesnoy und Landrecies fingen Reserven den Stoß des Feindes auf. Auf der übrigen Front brachten unsere vorderen Kampftruppen seinen Ansturm zum Stehen. Westlich der Maas haben sich am Walde von Dieuelt Kämpfe entwickelt.

Die Beute der Alliierten.

Frankfurt a. M., 5. Nov. Der „Frankf. Ztg.“ wird aus Basel berichtet: Havas meldet aus Paris: Die von den Alliierten seit dem 31. Oktober gemachte Beute umfasst: Gefangene: 2472 Offiziere, 105 871 Mannschaften, 2084 Geschütze, 13 639 Maschinengewehre, 1193 Minenwerfer. Die von den Alliierten seit dem 15. Juli gemachte Gesamtbeute beträgt an Gefangenen: 7990 Offiziere, 364 365 Mannschaften, 6217 Geschütze, 38 622 Maschinengewehre, 3907 Minenwerfer.

Der Kaiser an das Westheer.

Berlin, 4. Nov. (W. B. Amtlich.) Dank des Kaisers an das Westheer.

An Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Bei meinem Wiedereintreffen im Großen Hauptquartier hat mir der Generalfeldmarschall v. Hindenburg erneut über die außerordentlichen Leistungen des Westheeres in den letzten Monaten Vortrag gehalten.

Allen Führern und Truppen spreche ich meine warme Anerkennung aus. Ich gedenke vor allem der Truppen an der Duse und Aisne, deren Tapferkeit die großen Pläne des Gegners bisher zunichte machte.

Ich hege die feste Zuversicht, daß die Heeresgruppe auch fernerhin ihre Pflicht tun wird.

Wilhelm I. R.

An die anderen Heeresgruppen des Westens hat der Kaiser ähnlich lautende Telegramme gerichtet.

Die Waffenstillstandsfrage.

Die jetzt täglich wiederkehrenden Gerüchte, daß die Waffenstillstandsbedingungen für Deutschland eingegangen seien, sind, wie die „Frankf. Ztg.“ aus Berlin erfährt, unbegründet. Man nimmt in politischen Kreisen an, daß sie jedenfalls erst nach dem 5. November mitgeteilt werden, und zwar, weil Wilson die Senatswahlen, die an diesem Tage stattfinden, noch abwarten will, um, je nachdem diese Wahlen für ihn günstig oder ungünstig ausfallen, seine Ansichten über die Waffenstillstands- und Friedensbedingungen mit mehr oder weniger Nachdruck zur Geltung zu bringen. Denn daß über diese wichtigste Frage zwischen den Anschauungen Wilsons und denen der Entente-Staatsmänner Meinungsverschiedenheiten bestehen, unterliegt keinem Zweifel.

Es verlautet übrigens, daß für die Abmachungen über diesen Waffenstillstand bereits eine Kommission ernannt ist, der angehören werden General v. Gündell, der militärische Delegierte auf der Haager Friedenskonferenz, General v. Winterfeldt, der mehrere Jahre in Paris Militärattaché war, ferner Admiral Meurer und der frühere Staatssekretär Admiral v. Hinz.

Englische Friedensbedingungen.

Das Wolffbüro übermittelt einen bemerkenswerten Artikel Lord Northcliffes aus den „Times“ vom 4. November, bezieht „Vom Krieg und Frieden“. Nachdem der ehrenwerte Lord die Frage erörtert hatte, wie man vom Krieg zu Friedensbedingungen komme und die Notwendigkeit der Sicherung eines zuverlässigen Friedens, sowie des bürgerlichen Lebens und Eigentums während der Räumungs- und Wiederbesetzungszeit dargetan, ging er zum zweiten Stadium des Uebergangs vom Krieg zu den Friedensbedingungen über. Von diesen entnehmen wir nur einen Bruchteil der uns am nächsten angeht.

Der erste Grundsatz ist, so heißt es, die völlige territoriale, wirtschaftliche und politische Wiederherstellung Belgiens. Da kann es keinen Vorbehalt, kein Teilschön und keine Gegenanprüche, irgend welcher Art geben.

1. Befreiung des französischen Gebietes, Wiederaufbau der besetzten Provinzen, Entschädigung für alle Verluste materieller Art und Beschädigung von Zivilpersonen.

2. Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich, nicht als Gebietserweiterung oder Teil einer Kriegsentchädigung, sondern als Gutmachung des im Jahre 1871 (in unserem englischen Text steht fälschlicherweise 1681) begangenen Unrechts, sofern damals die Bewohner der zwei Provinzen, die sich seinerzeit freiwillig für die Zugehörigkeit zu Frankreich entschieden hatten, gegen ihren Willen in Deutschland eingebracht wurden.

3. Räumung aller früheren, zum russischen Reich gehörigen Länder; Aufhebung aller seit der Revolution mit Unterthanen, Agenten und Vertretern der feindlichen Mächte abgeschlossenen Verträgen und Vereinbarungen, welche die früheren russischen Gebiete betreffen und ungehinderte Mitwirkung der verbundenen Mächte bei der Sicherung der Bedingungen, unter welchen die verschiedenen Nationalitäten des früheren russischen Reiches, ihre eigenen Regierungsformen bestimmen sollen.

4. Aufhebung des Vertrages von Bukarest. Räumung und Wiederherstellung von Rumänien, Serbien und Montenegro; Unterstützung der Balkanstaaten bei der Regelung der Balkanfrage auf gerechter Grundlage durch die verbundenen Mächte.

5. Soweit wie möglich Beseitigung der türkischen Herrschaft über alle nicht türkischen Völker.

6. Das Volk von Schleswig soll frei sein und soll seine Zugehörigkeit bestimmen.

7. Als Entschädigung für den unrechtmäßigen U-Bootkrieg soll Deutschland und Österreich-Ungarn verpflichtet sein, den verbundenen und neutralen Staaten, den unrechtmäßig beschädigten oder zerstörten Handelschiffen zu ersetzen.

8. Einsetzung von Gerichtshöfen, vor die im Sinne unparteiischer Gerechtigkeit, sobald wie möglich, Persönlichkeiten aller kriegführenden Länder gestellt werden sollen, die beschuldigt sind, das Völkerrecht und die Menschlichkeit verletzt zu haben.

9. Der frühere Kolonialbesitz Deutschlands, den dieses durch seinen unrechtmäßigen Angriff auf Belgien verwirkt hat, soll auf keinen Fall an Deutschland zurückgegeben werden; Deutschlands Kolonialbesitz wäre unantastbar geblieben, aber wegen seines unrechtmäßigen Angriffs auf Belgien, der England in den Krieg hineingezogen hat (hier ist eine Lücke im Text). Deutschland hat erklärt, das Schicksal seiner Kolonien werde an der Westfront entschieden werden. Nun ist es geschehen. Es hat erklärt, welchen Gebrauch es im Falle des Sieges mit seinen Kolonien machen würde. Ein solcher Gebrauch muß im Interesse des Weltfriedens für immer verhindert werden. Die Kolonien können deshalb nicht an Deutschland zurückfallen. Aber ihre Uebertagung als Besitzum oder zur Verwaltung zusammen mit der Art, in der sie im Interesse ihrer Bewohner und der Welt im allgemeinen verwaltet werden sollen, sind Sache künftiger Entscheidungen. Das sind die unerlässlichen Friedensbedingungen, die im zweiten Stadium der Verhandlungen angenommen werden müssen.

Die „Volkszeitung“ schreibt dazu: Während die Welt auf Wilson wartet, nimmt Northcliffe das Wort. Dieser Vorschlag Lord Northcliffes ist im englischen Interesse gedacht. Wir sollen stark verkleinert werden, daß wir nie eine Gefahr für Englands Weltherrschaft bilden. Wenn einige Leute behaupten, daß seien die Friedensbedingungen der Entente, so muß man schon heute sagen, daß ein Friede zu solchen Bedingungen der nackte und brutale Gewalt- und Diktatfrieden wäre. Er schiebt rücksichtslos Wilson beiseite. Northcliffe-Frieden statt Wilson-Frieden ist seine Lösung. Gewalt statt Recht, Unterdrückung statt Gleichberechtigung, wirtschaftliche Sklaverei statt Gleichberechtigung im friedlichen Wettbewerb. Es ist klar, daß ein so schändlicher Vergewaltigungsfriede nie und nimmer ein Dauerfriede wäre. Deutschland würde durch ihn schon in kurzer Zeit durch wirtschaftliches Elend zur Verzweiflung getrieben.

Letzte Meldungen.

Die politische Lage und die Parteien.

Berlin, 5. Nov. (Priv.-Tel.) Der interfraktionelle Ausschuß der Reichsparteien des Reichstages trat gestern abend nach längerer Pause wieder zu einer Sitzung zusammen. Wie der „Berl. Lokalanzeiger“ hört, handelte es sich um eine allgemeine Aussprache über die politische Lage; auch die Kaiserfrage dürfte erörtert worden sein, ohne daß indessen eine entscheidende Stellungnahme nach der einen oder anderen Richtung erfolgt zu sein scheint. — Wie das „Berliner Tageblatt“ meint, dürfte sich die sozialdemokratische Fraktion heute mit der Kaiserfrage und der Befassung, ob die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung in ihren Ämtern bleiben sollen oder nicht.

Berlin, 4. Nov. (W. B.) Der Präsident des Abgeordnetenhauses, Graf Schwerin-Löwitz, ist heute nachmittags 4 Uhr in seiner Amtswohnung in Berlin seinen Leiden erlegen.

Lokale Nachrichten.

Bad Homburg v. d. H., 5. Nov. 1918.

* **Vor Torischluß.** Staatsminister Dr. Helfferich hat sich jetzt noch einmal über Krieg und Frieden und die Kriegsanleihe geäußert. Er gab in großen Zügen eine Darstellung der Ursachen und Beweggründe, die zum Ersuchen um einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen führten. Solange ein für unsere Ehre und unser Dasein annehmbarer Friede nicht gesichert sei, dürfen wir uns nicht wehrlos machen. Vielmehr müsse sich das deutsche Volk stark und entschlossen zeigen. Nichts fordere die Gewalt mehr heraus als der Anschein der Schwäche. Verzögerung und Koppligkeit müssen gerade das herbeiführen, was dem deutschen Volk und der blutenden Welt erspart werden solle: den letzten Verzweiflungstampf. Die Rußanwendung für die Kriegsanleihe liege auf der Hand. Unsere Gegner erblickten bisher in den Erfolgen der Kriegsanleihe ein Zeichen unserer ungeborenen Kraft und unseres nationalen Lebenswillens. Sie würden mit verdoppelter Aufmerksamkeit auf das Ergebnis der neuesten Kriegsanleihe achten. Ein schlechter Ausfall werde unseren Feind ermutigen, uns unannehmable Bedingungen aufzuerlegen, und die Fortsetzung des Krieges bedeuten. Ein guter Ausfall werde dazu beitragen, die Friedensverhandlungen in aussichtsreiche Bahnen zu lenken. So gut unsere Feldgrauen draußen standhalten, so wenig darf sich die Heimat ihrer finanziellen Wehrkraft entziehen. Mehr als je zuvor komme es auf die Haltung des deutschen Volkes an, nachdem das deutsche Volk die Leitung seiner Geschicke in die eigene Hand genommen hat. Vermehrte Macht bedeute vermehrte Verantwortung. Nur wenn jeder einzelne sich von diesem gesteigerten Verantwortungsgefühl durchdringen lasse, werde die Neugestaltung unseres öffentlichen Lebens neue Kräfte wecken, neue Energie in den Dienst des bedrohten Vaterlandes stellen und uns helfen, Volk und Reich zu seinem neuen Leben und Gedeihen zu führen.

* **Zu spät.** Dem kürzlich verstorbenen Hauptmann und Bataillonsführer im Infanterie-Regiment Nr. 118 Fritz Kraus, Sohn des Herrn Hegemeisters Kraus in Dornholzhausen, wurde jetzt nachträglich das Ritterkreuz des Königlich Preussischen von Hohenzollern verliehen. In dem Begleitschreiben wird des toten Helden Pflichtgefühl, seine strenge Dienstverfassung und vorbildliche Tapferkeit in schweren Lagen, gerühmt. Die heimatische Erde bedeute die Brust, die diese hohe neue Auszeichnung schmücken sollte. Ueber den sterblichen Resten aber schwebt die Krone der Vollenenden und in ihr funkelt eine besondere Perle, die der Pflichterfüllung und der Treue bis ans Ende. Er hat seinem Kriegsherrn und dem Vaterland die Treue gehalten bis der Tod die Wunden schloß, die für sie geblutet hatten. Ehre seinem Andenken.

* **Verstärkte Meldepflicht.** Das stellv. Generalkommando zu Frankfurt a. M. veröffentlicht im heutigen „Kreishlatt“ eine Anordnung, die für die Orte Bad Homburg v. d. H., Cronberg, Königstein, Soden, Nauheim und Friedberg eine verstärkte Meldepflicht in Anwendung bringt. (Näheres siehe amtliche Bekanntmachung).

* **An die Kartoffelerzeuger** richtet heute der Magistrat eine letzte Aufforderung zur Anmeldung ihres Entsergebnisses. Die Rückständigen werden ermahnt, ihre Anzeige bis zum 9. ds. Mts. im Rathaus, Zimmer Nr. 10, abzugeben, widrigenfalls Bestrafung erfolgt.

* **Erneute Gütersperre.** Wie die Königliche Eisenbahndirektion bekanntmacht, werden am 6., 7. und 8. ds. Mts. Frachtfüßgüter zur Beförderung nicht angenommen.

* **Strenge Maßnahmen** kündigt der Polizeipräsident in Wiesbaden an gegen alle, welche die Verdunkelungsmaßnahmen unbeachtet lassen. Für die Folge wird den Einwohnern Wiesbadens, die ihre Wohnungen ungenügend abdunkeln, Gefängnis in Aussicht gestellt.

* **Neue 50-Mark-Banknoten.** Die in diesen Tagen zur Ausgabe gelangenden neuen Reichsbanknoten zu 50 Mark tragen erdbräunlichen Unterdruck, der im Hauptteil die ganze Fläche einnimmt und einen Reichsadler enthält. Rand und Text sind in braunschwarzer Farbe gedruckt. Die Rückseite besteht aus einem in brauner Farbe hergestellten Druck. Die Zeichnung ist dreiteilig. Das rechte und linke Seitenfeld bilden gleichmäßig gestellte Figuren, die aus fein verschlungenen Linienzügen gebildet sind. Das Mittelfeld ist aus einer vollen Tonfläche gebildet, aus welcher, weiß in braunem Grunde, in der Mitte eine große 50 herauskommt.

Hus Nah und Fern.

* **Frankfurt a. M., 4. Novbr.** Am Schlachthof wurde am Samstag die Leiche eines unbekannten etwa 2 und 3 Jahre alten Knaben aus dem Main geborgen. Die Leiche hat bereits 3—4 Wochen im Wasser gelegen und war bekleidet mit rotwollenem Jäckchen, weißgestreiftem Unterjäckchen, guten Schnürschuhen, schwarzen Strümpfen, weißem Hemd und weißem Leibchen.

* **Griesheim a. M., 4. Novbr.** Die Diggerechtheit geht hier so weit, daß jetzt sogar schon die Münzgasmesser erbrochen und ihres Inhalts beraubt werden.

* **Söckel a. M., 4. Novbr.** In den Farbwerken erkrankten im August sechs Arbeiter beim Einfüllen von Granaten an Gasvergiftung. Es wurde ermittelt, daß ein polnischer Arbeiter bei den Vorarbeiten zur Füllung der Granaten in lieberlicher Weise mit falschen Dichtungen oder falschen Schrauben versehen hatte. Das Schöffengericht erkannte gegen den leichtsinnigen Mann auf 100 Mark Geldstrafe.